

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	VII
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XIX
Kapitel 1: Einleitung und Grundlagen . . . . .	1
A. Einleitung . . . . .	1
B. Gang der Untersuchung . . . . .	4
C. Grundlagen . . . . .	5
I. Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands . . . . .	5
II. Historische und teleologische Verbindung der Informationszugangsgesetze . . . . .	7
1. Entstehungsgeschichte der Informationszugangsgesetze . . . . .	7
a) Das Umweltinformationsgesetz . . . . .	7
b) Die Informationsfreiheitsgesetze auf Bundes- und Landesebene . .	9
c) Das Verbraucherinformationsgesetz . . . . .	10
d) Schnittstellen in der Entstehungsgeschichte der Informationszugangsgesetze . . . . .	11
2. Zwecksetzung der Informationszugangsgesetze . . . . .	14
a) Verwaltungstransparenz als Voraussetzung . . . . .	14
b) Kontrolle der Verwaltung . . . . .	15
c) Förderung demokratischer Prozesse . . . . .	17
3. Abgrenzung von anderen voraussetzungslosen Informationszugangsansprüchen . . . . .	18
III. Die privaten Belange . . . . .	19
1. Gegenstand des Informationszugangsanspruchs: Informationen der öffentlichen Hand . . . . .	20
2. Personenbezogene Daten . . . . .	22
3. Das geistige Eigentum . . . . .	22
4. Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse . . . . .	23
IV. Der Dritte . . . . .	23

Kapitel 2: Der Anspruch auf Informationszugang nach den Informationszugangsgesetzen . . . . .	25
<i>A. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Informationszugangsanspruchs</i> . . . . .	25
I. Kein Grundrecht auf Informationszugang . . . . .	26
II. Weitere Anhaltspunkte im Grundgesetz . . . . .	27
1. Demokratie- und Rechtsstaatsprinzip . . . . .	27
2. Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen . . . . .	28
3. Die Informationsfreiheit . . . . .	29
a) Die Informationsfreiheit in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	29
aa) Die Anfänge der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts: Rein technisches Verständnis der allgemeinen Zugänglichkeit .	30
bb) Die N-Tv-Entscheidung: Die Informationsfreiheit als normgeprägtes Grundrecht . . . . .	31
cc) Einsicht in Akten des Bundesarchivs: Das IFG als Widmungsakt	31
b) Umfang des Grundrechtsschutzes . . . . .	33
c) Kein verfassungsumittelbarer Anspruch aus Art. 5 Abs. 1 S. 1 Hs. 2 GG . . . . .	34
4. Konventionsrechtliche Einflüsse: Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in der Sache Bizottság vs. Ungarn .	36
III. Vorgaben an das einfachgesetzliche Informationszugangsrecht durch das Verfassungsrecht . . . . .	37
<i>B. Voraussetzungen des Informationszugangs</i> . . . . .	39
I. Voraussetzungloser Anspruch auf Informationszugang: Die Informationszugangsgesetze als prokuratorische Rechte . . . . .	39
II. Anspruchsvoraussetzungen . . . . .	42
1. Informationszugang auf Antrag . . . . .	42
2. Anforderungen an den Antrag . . . . .	43
3. Verfügungsberechtigung über die Information . . . . .	44
III. Anwendungsbereich der Informationszugangsansprüche . . . . .	46
1. Anspruchsgegenstand . . . . .	46
a) Allgemeine amtliche Informationen nach dem IFG . . . . .	47
b) Bereichsspezifische Informationen nach dem UIG und VIG . . . . .	48
2. Anspruchsberechtigte . . . . .	50
a) Nicht rechtsfähige Personenvereinigungen . . . . .	50
b) Juristische Personen öffentlichen Rechts . . . . .	52
3. Anspruchsverpflichtete . . . . .	53
a) Anspruchsverpflichtete nach dem IFG . . . . .	53
b) Anspruchsverpflichtete nach dem UIG . . . . .	55

	Inhaltsverzeichnis	XI
c) Anspruchsverpflichtete nach dem VIG . . . . .	56	
IV. Art des Informationszugangs . . . . .	57	
<i>C. Zusammenfassende Gedanken: Interessenlage im Rahmen des Informationszugangs . . . . .</i>	<i>58</i>	
 Kapitel 3: Die Beschränkung des Informationszugangs zum Schutz privater Belange . . . . .	63	
<i>A. Auslegungsmaximen für die Ausnahmegründe in den Informationszugangsgesetzen . . . . .</i>	<i>63</i>	
I. Enge Auslegung der Ausnahmetatbestände . . . . .	63	
II. Darlegungslast für das Vorliegen eines Ausnahmegrunds . . . . .	64	
III. Keine Konkurrenz der Ausnahmetatbestände . . . . .	65	
IV. Natur der Ausnahmetatbestände . . . . .	65	
V. Rechtsfolge: Teilweiser Informationszugang . . . . .	66	
1. Verhältnis des Teilzugangs zur Wahl einer anderen Zugangsart . . . . .	68	
2. Möglichkeit der Aussonderung . . . . .	68	
3. Vorheriges Einverständnis mit der Aussonderung . . . . .	69	
4. Teilzugang und Verwaltungsaufwand . . . . .	71	
a) Unverhältnismäßiger Verwaltungsaufwand nach § 7 Abs. 2 S. 1 IfG	71	
b) Schutz der ordnungsgemäßen Aufgabenerfüllung der Behörde nach § 4 Abs. 3 Nr. 4 VIG . . . . .	73	
c) Unmöglichkeit der Aussonderung bei unverhältnismäßigem Verwaltungsaufwand nach § 5 Abs. 3 UIG? . . . . .	74	
<i>B. Beschränkung des Informationszugangs durch den Schutz personenbezogener Daten . . . . .</i>	<i>75</i>	
I. Verfassungsrechtliche Grundlagen des Schutzes personenbezogener Daten . . . . .	76	
1. Das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	77	
2. Konkretisierung des Schutzbereichs . . . . .	78	
3. Schranken des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung . . . . .	79	
II. Einfachgesetzliche Entwicklung des Datenschutzes . . . . .	80	
1. Entwicklung auf nationaler Ebene . . . . .	80	
2. Erste europäische Einflüsse auf das Datenschutzrecht – Die Datenschutzrichtlinie . . . . .	81	
3. Abschluss der europäischen Harmonisierung – Die Datenschutz-Grundverordnung . . . . .	82	
III. Grundlagen der DSGVO . . . . .	83	
1. Zielsetzungen der DSGVO . . . . .	84	

2. Anwendungsvorrang der DSGVO . . . . .	84
3. Handlungsspielraum des nationalen Gesetzgebers . . . . .	86
<b>IV. Datenschutz und Informationszugangsfreiheit . . . . .</b>	<b>88</b>
1. Grundsätze des Datenschutzes . . . . .	89
a) Verbot mit Erlaubnisvorbehalt . . . . .	89
b) Zweckbindungsgrundsatz . . . . .	90
2. Das Spannungsverhältnis zwischen Datenschutz und Informationszugang . . . . .	91
3. Auflösung des Spannungsverhältnisses vor Inkrafttreten der DSGVO .	92
4. Auflösung des Spannungsverhältnisses nach Inkrafttreten der DSGVO	93
a) Öffnungsklauseln für die Informationszugangsfreiheit in der DSGVO	93
aa) Abgrenzung von Art. 86 DSGVO und Art. 85 DSGVO . . . . .	94
bb) Abgrenzung von Art. 6 Abs. 2 DSGVO und Art. 86 DSGVO . .	96
cc) Verhältnis von Art. 6 Abs. 2 DSGVO und Art. 6 Abs. 3 DSGVO	98
b) Vorgaben an den nationalen Gesetzgeber . . . . .	100
c) Einhaltung der Vorgaben durch die Informationszugangsgesetze .	101
aa) Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten im IFG und VIG . . . . .	102
bb) Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten im UIG . . . . .	102
cc) Ergebnis: Nur redaktioneller Anpassungsbedarf . . . . .	105
d) Einbettung der Informationszugangsgesetze in die DSGVO . . . .	105
e) Verhältnis der Neufassung des BDSG zu den Informationszugangsgesetzen . . . . .	106
<b>V. Die Vorschriften zum Schutz personenbezogener Daten in den     Informationszugangsgesetzen im Einzelnen . . . . .</b>	<b>106</b>
1. Personenbezogene Daten . . . . .	107
a) Begriff der Daten im Sinne des Art. 4 Nr. 1 DSGVO . . . . .	109
b) Personeller Schutzbereich . . . . .	110
aa) Postmortaler Datenschutz . . . . .	111
bb) Postmortaler Persönlichkeitsschutz . . . . .	112
c) Personenbezug . . . . .	113
aa) Abgrenzung von Sachdaten . . . . .	113
bb) Identifizierte oder identifizierbare Person . . . . .	114
(1) Meinungsstand zur „Bestimmbarkeit“ vor der DSGVO . .	116
(2) Auslegung der Identifizierbarkeit in Art. 4 Nr. 1 DSGVO .	119
(a) Wortlautauslegung . . . . .	120
(b) Historische Auslegung . . . . .	120
(c) Systematische Auslegung . . . . .	121
(d) Teleologische Auslegung . . . . .	123
(e) Ergebnis der Auslegung . . . . .	125

cc) Bedeutung für die Informationszugangsgesetze . . . . .	126
(1) Prüfung des Personenbezugs . . . . .	126
(2) Anonymisierung durch Schwärzungen? . . . . .	127
(a) Schwärzungen bei Annahme eines relativen Personenbezugs . . . . .	127
(b) Schwärzungen bei Annahme eines absoluten Personenbezugs . . . . .	129
2. Das Interesse des Dritten am Ausschluss des Informationszugangs . . . . .	130
a) Die informationelle Selbstbestimmung als Interesse des Dritten im europäischen Mehrebenensystem . . . . .	130
aa) Divergierende Auffassungen zwischen dem Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof – Getrennte oder verbundene Grundrechtsräume? . . . . .	131
bb) Bedeutung für die Informationszugangsgesetze . . . . .	134
b) Das schutzwürdige Interesse des Dritten im IFG und VIG . . . . .	136
c) Erhebliche Beeinträchtigung der Interessen nach dem UIG . . . . .	137
3. Gesetzliche Vorgaben für die Abwägung . . . . .	140
a) Anspruchsausschluss nach § 5 Abs. 1 S. 2 IFG (i.V.m. § 3 S. 4 VIG)	140
b) Anspruchsausschluss nach § 5 Abs. 2 IFG . . . . .	141
aa) Dienst- oder Amtsverhältnis (§ 5 Abs. 2 Var. 1 IFG) . . . . .	142
bb) Mandatsverhältnis (§ 5 Abs. 2 Var. 2 IFG) . . . . .	144
(1) Meinungsstand . . . . .	144
(2) Stellungnahme . . . . .	146
cc) Berufs- oder Amtsgeheimnis (§ 5 Abs. 2 Var. 3 IFG) . . . . .	147
c) Anspruchszugang durch Einwilligung des Dritten . . . . .	148
d) Anspruchszugang nach § 5 Abs. 3 IFG (i.V.m. § 3 S. 4 VIG) . . . . .	150
e) Anspruchszugang nach § 5 Abs. 4 IFG (i.V.m. § 3 S. 4 VIG) . . . . .	152
aa) Begriff des Bearbeiters . . . . .	153
bb) Kein Ausnahmetatbestand . . . . .	155
f) Anspruchszugang nach § 9 Abs. 1 S. 2 UIG . . . . .	156
g) Anspruchszugang nach § 3 S. 6 VIG . . . . .	157
aa) Offenlage des Namens des Händlers nach § 3 S. 6 Hs. 1 Var. 1 VIG . . . . .	158
bb) Offenlage des Handelswegs nach § 3 S. 6 Hs. 1 Var. 2 VIG . . .	159
cc) Verfassungsrechtliche Bedenken . . . . .	159
VI. Zusammenfassende Überlegungen zum Schutz personenbezogener Daten	160
C. Beschränkung des Informationszugangs durch den Schutz des geistigen Eigentums . . . . .	161
I. Eingrenzung des geistigen Eigentums . . . . .	162
1. Kein Schutz von Tätigkeiten der Kunst- und Wissenschaftsfreiheit . .	163

2. Kein Schutz von „Know-how“ . . . . .	164
<b>II. Verfassungsrechtliche Vorgaben . . . . .</b>	<b>165</b>
1. Schutz vermögenswerter Positionen (Art. 14 GG) . . . . .	165
2. Schutz des Persönlichkeitsrechts (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG) . . . . .	166
<b>III. Entgegenstehen des geistigen Eigentums . . . . .</b>	<b>167</b>
1. Entgegenstehen gewerblicher Schutzrechte . . . . .	168
a) Entgegenstehen gewerblicher Schutzrechte nach Eintragung und Veröffentlichung . . . . .	168
b) Entgegenstehen gewerblicher Schutzrechte vor Eintragung und Veröffentlichung . . . . .	169
2. Entgegenstehen des Urheberrechts . . . . .	170
a) Anwendungsbereich des Urheberrechts . . . . .	171
b) Entgegenstehen des Urheberrechts vor der Veröffentlichung . . . . .	173
c) Entgegenstehen des Urheberrechts nach der Veröffentlichung . . . . .	177
d) Schranken des Urheberrechts . . . . .	179
aa) Schrankenregelungen in den Informationszugangsgesetzen . . . . .	179
bb) Schrankenregelungen im UrhG . . . . .	180
(1) Verwendung im Verfahren vor einer Behörde, § 45 UrhG . . . . .	180
(2) Vervielfältigung zum privaten und sonstigen eigenen Gebrauch, § 53 UrhG . . . . .	181
(3) Nutzung für Unterricht, Wissenschaft und Institutionen, §§ 60a ff. UrhG . . . . .	183
(a) Nutzung für Unterricht und Lehre, § 60a UrhG . . . . .	183
(b) Nutzung für die wissenschaftliche Forschung, § 60c UrhG . . . . .	184
3. Informationspflichtige Stelle als „Inhaberin“ eines Informationsrestriktionsrechts? . . . . .	185
<b>IV. Zusammenfassende Gedanken zum Schutz des geistigen Eigentums . . . . .</b>	<b>187</b>
<b>D. Beschränkung des Informationszugangs durch den Schutz von     Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen . . . . .</b>	<b>188</b>
<b>I. Schutzgrund und Schutzzweck . . . . .</b>	<b>188</b>
1. Informationszugangsfreiheit als Mittel der Industriespionage? . . . . .	188
2. Doppelte Zielrichtung des Schutzes von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen . . . . .	190
3. Schutz behördlicher Aufgabenerfüllung? . . . . .	190
<b>II. Verfassungsrechtliche Verankerung . . . . .</b>	<b>191</b>
1. Schutz durch die Berufsfreiheit, Art. 12 GG . . . . .	192
2. Schutz durch die Eigentumsgarantie, Art. 14 GG . . . . .	193
3. Bedeutung für die Informationszugangsgesetze . . . . .	194

III. Tatbestandsvoraussetzungen eines Betriebs- und Geschäftsgeheimnisses . . . . .	195
1. Zusammenhang mit einem Geschäftsbetrieb (Unternehmensbezug) . . . . .	196
a) Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der öffentlichen Hand . . . . .	197
b) Neubewertung nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 07.11.2017 – 2 BvE 2/11 . . . . .	199
2. Keine Offenkundigkeit der Information . . . . .	203
3. Geheimhaltungswille . . . . .	205
4. Berechtigtes Geheimhaltungsinteresse . . . . .	206
5. Neubestimmung durch die Geschäftsgeheimnis-Richtlinie? . . . . .	209
IV. Reichweite des Drittschutzes . . . . .	210
1. Anspruchszugang durch Einwilligung des Dritten . . . . .	210
2. Absoluter Schutz im IFG . . . . .	211
a) Verfassungsrechtliche Bewertung . . . . .	211
b) Abwägung auf Tatbestandsebene? . . . . .	213
3. Ausnahmen vom Schutz im UIG und VIG . . . . .	214
a) Umweltinformationen über Emissionen, § 9 Abs. 1 S. 2 UIG . . . . .	214
b) Ausnahmen vom Schutz der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse nach § 3 S. 5 VIG . . . . .	214
V. Zusammenfassende Gedanken zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen . . . . .	216
<i>E. Schutz freiwillig übermittelter Informationen . . . . .</i>	217
I. Freiwillig übermittelte Informationen, § 9 Abs. 2 S. 1 UIG . . . . .	218
II. Meldungs- und Unterrichtungspflichten, § 3 S. 1 Nr. 2 d) VIG . . . . .	219
III. Schutz von Informanten und Hinweisgebern . . . . .	220
 Kapitel 4: Die Abwägung im Einzelfall . . . . .	223
<i>A. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Abwägung . . . . .</i>	223
I. Anwendbarkeit des Sphärenmodells auf das Recht auf informationelle Selbstbestimmung . . . . .	224
II. Dreistufenmodell im wirtschaftlichen Geheimnisschutz gem. Art. 12, 14 GG . . . . .	226
<i>B. In die Abwägung einzustellende Interessen . . . . .</i>	227
I. Das „Informationsinteresse des Antragstellers“ nach § 5 Abs. 1 S. 1 IFG . . . . .	227
1. Meinungsstand zum Begriff des Informationsinteresses des Antragstellers . . . . .	227
2. Stellungnahme . . . . .	230
a) Zum Wortlaut des § 5 Abs. 1 S. 1 IFG . . . . .	230
b) Zur Historie des § 5 Abs. 1 S. 1 IFG . . . . .	231

c) Zur Systematik des § 5 Abs. 1 S. 1 IFG . . . . .	231
d) Zum Sinn und Zweck des § 5 Abs. 1 S. 1 IFG . . . . .	232
e) Berücksichtigung des konkreten öffentlichen Interesses . . . . .	233
II. Das öffentliche Interesse nach § 9 Abs. 1 S. 1 UIG, § 3 S. 2 VIG . . . . .	234
III. Das Geheimhaltungsinteresse des Dritten . . . . .	236
<i>C. Kriterien für die Gewichtung der Interessen</i> . . . . .	237
I. Ausgangslage – Interessenungleichgewicht zwischen Antragsteller und Dritten . . . . .	237
II. Kriterien zur Gewichtung des Offenbarungsinteresses . . . . .	238
1. Anzahl der betroffenen Personen und betroffene Rechtsgüter . . . . .	239
2. Kontrolle der Verwaltung als besonderes öffentliches Interesse . . . . .	241
3. Aktualität der Information . . . . .	241
4. Person des Antragstellers und Verwendungszweck . . . . .	242
III. Kriterien zur Gewichtung des Geheimhaltungsinteresses . . . . .	243
1. Personenbezogene Daten . . . . .	243
2. Wirtschaftlicher Geheimnisschutz . . . . .	243
3. Kumulierung von Ausschluss- und Beschränkungsgründen . . . . .	244
4. Öffentliche Zugänglichkeit der Information . . . . .	245
<b>Kapitel 5: Der Schutz des Dritten</b> . . . . .	247
<i>A. Grundrechtsschutz durch Verfahren</i> . . . . .	247
I. Funktionen der Drittbe teiligung . . . . .	248
1. Schutz des Dritten . . . . .	248
2. Aufklärungsfunktion . . . . .	249
3. Unterstützungsfunction . . . . .	249
4. Entscheidungsfunktion . . . . .	250
II. Das Drittbe teiligungsverfahren nach § 8 IFG . . . . .	251
1. Voraussetzungen der Drittbe teiligung . . . . .	251
2. Inhalt der behördlichen Mitteilung . . . . .	253
3. Ausnahmen von der Drittbe teiligung . . . . .	254
a) Einverständnis mit der Aussonderung, § 7 Abs. 2 S. 2 IFG . . . . .	254
b) Gesetzgeberische Entscheidungen nach § 5 Abs. 3, 4 IFG . . . . .	255
aa) Neubewertung unter der DSGVO? . . . . .	255
bb) Keine Ausweitung auf ähnliche Fallgestaltungen . . . . .	256
c) Beschränkte Erreichbarkeit und mutmaßliche Einwilligung . . . . .	257
aa) Eingeschränkte Erreichbarkeit des Dritten . . . . .	257
bb) Mutmaßliche Einwilligung des Dritten . . . . .	257
III. Das Anhörungsverfahren nach § 9 Abs. 1 S. 3 UIG . . . . .	258

1. Voraussetzungen der Drittbe teiligung . . . . .	258
2. Inhalt der behördlichen Mitteilung . . . . .	260
3. Ausnahmen von der Drittbe teiligung . . . . .	261
IV. Das Anhörungsverfahren nach § 5 Abs. 1 VIG . . . . .	261
1. Voraussetzungen der Drittbe teiligung . . . . .	262
2. Inhalt der behördlichen Mitteilung . . . . .	263
3. Ausnahmen von der Drittbe teiligung . . . . .	263
V. Folgen einer unterlassenen Drittbe teiligung . . . . .	264
1. Heilung und Unbeachtlichkeit der unterlassenen Drittbe teiligung, §§ 45, 46 VwVfG . . . . .	265
a) Heilung einer unterlassenen Drittbe teiligung, § 45 VwVfG . . . . .	265
aa) Die Problematik der Beiladung in Verfahren nach den Informationszugangsgesetzen . . . . .	266
bb) Fehlende Spruchreife der Sache, § 113 Abs. 5 S. 1 a. E. VwGO	268
b) Keine Unbeachtlichkeit einer unterlassenen Drittbe teiligung, § 46 VwVfG . . . . .	270
2. Missbrauchsmöglichkeit durch die informationspflichtige Stelle? . . . . .	270
B. Rechtsschutzmöglichkeiten des Dritten . . . . .	272
I. Rechtsschutz gegen die stattgebende Entscheidung der informationspflichtigen Stelle . . . . .	272
1. Widerspruchsverfahren, § 68 VwGO . . . . .	273
2. Rechtsschutz des Dritten bei sofortiger Vollziehbarkeit des Informationszugangs . . . . .	274
3. Erneut: Die Problematik der Beiladung in Verfahren nach den Informationszugangsgesetzen . . . . .	276
a) Kein Verzicht auf die notwendige Beiladung . . . . .	276
b) Modifikation des Verwaltungsprozesses . . . . .	277
4. Das Spannungsverhältnis mit dem Akteneinsichtsrecht im Verwaltungsprozess, § 100 VwGO . . . . .	279
a) Entscheidung anhand der Darlegungstiefe . . . . .	281
aa) Anforderungen an die Darlegungstiefe . . . . .	282
bb) Anforderungen an die Darlegungstiefe bei „außerordentlich umfangreichen“ Antragsgegenständen . . . . .	284
b) Das „in camera“-Verfahren, § 99 Abs. 2 VwGO . . . . .	285
aa) Verfassungsrechtliche Vorgaben . . . . .	285
bb) Voraussetzungen für die Einleitung des „in camera“-Verfahrens	286
cc) Prüfprogramm des Fachsenats . . . . .	288
dd) Wirkung der Entscheidung im Zwischenverfahren für das Hauptsacheverfahren . . . . .	290
(1) Rechtswidrigkeit der Sperrerkklärung . . . . .	291

(2) Rechtmäßigkeit der Sperrerkklärung . . . . .	291
c) Unterlassen der Aktenvorlage durch die informationspflichtige Stelle . . . . .	292
d) Vorlage ohne Verlautbarung des Gerichts . . . . .	292
II. Rechtsschutz gegen die unterlassene Drittbe teiligung im Verwaltungsverfahren . . . . .	293
III. Zusammenfassende Gedanken zum gerichtlichen Schutz des Dritten . . . . .	294
<i>C. Die Anrufung des Beauftragten für Informationsfreiheit und Datenschutz . . . . .</i>	294
 Kapitel 6: Ergebnisse in Thesenform . . . . .	297
 Literaturverzeichnis . . . . .	303
Stichwortverzeichnis . . . . .	347